



Durchwahl: 0511 3030-2151
Mein Zeichen: II/73 - 0103 - 00/7
(Kurzbericht-06-Wo-Go)

12. Februar 2019

KURZBERICHT

über Ausschusssitzungen des Niedersächsischen Landtages in der Zeit vom 4. bis 8. Februar 2019

Dienstag, 5. Februar 2019

1 Ausschuss für Haushalt und Finanzen (43. - vertrauliche - Sitzung)

Beratungsthema:

Unterrichtung durch Herrn Finanzminister Hilbers über die „Aktuellen Entwicklungen bei der NORD/LB“

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch Finanzminister Hilbers und den Vorstandsvorsitzenden der NORD/LB, Herrn Bürkle, entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Mittwoch, 6. Februar 2019

2 Unterausschuss „Medien“ des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen (16. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Entwurf eines Gesetzes zum Zweiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/2606](#)

Der Unterausschuss beriet über den Gesetzentwurf. Er lehnte einen Antrag des Mitgliedes der Fraktion der AfD, dazu Vertreter von Verlagen und privaten Nachrichtensendern anzuhören, ab.

Der Unterausschuss votierte gegenüber dem Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen dafür, dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfes zu empfehlen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

2. Terminangelegenheiten, Vorbereitung auswärtiger Sitzungen

Der Unterausschuss beauftragte die Landtagsverwaltung, für den 20. und 21. August 2019 eine Reise zur Gamescom in Köln zu planen. Für die geplante Informationsreise nach Brüssel nahm er den Zeitraum vom 4. bis zum 8. November 2019 in Aussicht. Den geplanten Besuch im ZDF-Sendezentrum in Mainz terminierte der Unterausschuss noch nicht. Von einem Besuch der Medientage München 2019 nahm der Unterausschuss aufgrund des parallel vorgesehenen Oktober-Plenums Abstand.

Außerhalb der Tagesordnung

Mögliche Gefährdung von Journalistinnen und Journalisten bei der Berufsausübung durch den neu geplanten § 32 a im niedersächsischen Polizeigesetz

Aufgrund des Beratungsstandes im Ausschuss für Inneres und Sport - der § 32 a soll aus dem Gesetzentwurf gestrichen werden - kam der Unterausschuss überein, auf die in der 13. Sitzung am 28. November 2018 erbetene Unterrichtung durch die Landesregierung zu verzichten.

Für mehr Aufklärung im Umgang mit sozialen Medien

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1391

Der Unterausschuss kam überein, zu dem Antrag in der Sitzung am 24. April die Landesmedienanstalt, den Deutschen Journalisten-Verband, die Landesbeauftragte für den Datenschutz, die Verbraucherzentrale, das Kriminologische Forschungsinstitut, den Verein „White IT“ und Facebook Deutschland anzuhören.

3 Ausschuss für Haushalt und Finanzen

(44. - teilweise vertrauliche - Sitzung)

Beratungsthemen:

Erster öffentlicher Sitzungsteil

1. Vorlagen

Vorlage 101 (MK) - Aufgabenübertragung auf die NBank; Durchführung, Verwaltung und Abwicklung öffentlicher Aufgaben nach § 5 Abs. 2 und 3 NBankG

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

2. Fortsetzung der Unterrichtung durch den Landesrechnungshof zum Thema „Förder Richtlinien der Landesregierung“

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er kam überein, das Thema nach Abschluss der internen Meinungsbildung in den Fraktionen wieder aufzugreifen.

Vertraulicher Sitzungsteil

3. Unterrichtung durch die Landesregierung zum Bürgerschaftsmanagement des Landes

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Zweiter öffentlicher Sitzungsteil

4. Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Flüchtlingsbürgen“

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Außerhalb der Tagesordnung

Meinungsaustausch mit dem Gesamtverband Niedersächsischer Kreditinstitute

Der Vorsitzende informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass der diesjährige Meinungsaustausch mit dem Gesamtverband Niedersächsischer Kreditinstitute des Ausschusses für Haushalt und Finanzen und des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung unter der diesjährigen Federführung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung für den 26. April 2019 geplant sei. Es wurde um Terminvormerkung gebeten.

Ausnahmen von den papierlosen Beratungen für den Ausschuss für Haushalt und Finanzen

Der Ausschuss erörterte vor dem Hintergrund der nun gesammelten Erfahrungen das bisherige Verfahren der Verteilung von Papierausfertigungen von Unterlagen für die Ausschusssitzungen und kam mehrheitlich überein, die Landesregierung zu bitten, die Ausschussmitglieder weiterhin (zusätzlich neben den elektronisch zur Verfügung gestellten Dokumenten) mit Druckexemplaren der für die Haushaltsberatungen erforderlichen Beratungsunterlagen und der sonstigen Informationsvorlagen der Landesregierung zu versorgen. Das bisherige Verfahren der zusätzlichen Verteilung von Druckausfertigungen z. B. des Entwurfs des Haushaltsplans oder der Haushaltsrechnung sowie der sonstigen Informationsvorlagen der Landesregierung soll bis auf Weiteres unverändert beibehalten werden.

Donnerstag, 7. Februar 2019

4 Ausschuss für Inneres und Sport

(43. - teilweise nicht öffentliche und teilweise vertrauliche - Sitzung)

Beratungsthemen:

Erster öffentlicher Sitzungsteil

1. Beschlussfassung über einen Antrag

- a) **auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts zur automatisierten Erfassung von Kennzeichen sowie**
- b) **auf Stellungnahme des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes**

Der Ausschuss verständigte sich einvernehmlich auf eine Unterrichtung durch die Landesregierung. Diese soll sich auf diejenigen Gesichtspunkte beziehen, die nicht bereits in der heutigen Sitzung (Tagesordnungspunkt 7) umfassend zur Sprache gekommen sind, insbesondere auf § 32 Abs. 5 Nds. SOG.

Ferner bat er die Landesbeauftragte für den Datenschutz sowie den GBD um eine entsprechende Stellungnahme zu dem Thema. Die Befassung soll im Zuge der weiteren Beratung zur Polizeigesetznovelle erfolgen.

2. [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes](#)
[Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/1839](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Nicht öffentlicher Sitzungsteil

3. **Eingabe 00387/11/18**

Der Petitionsausschuss hatte den Ausschuss um die Abgabe einer Stellungnahme gebeten. Der Ausschuss votierte mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU, der Grünen und der FDP gegen die Stimme der Fraktion der AfD dafür, die Eingabe der Landesregierung als Material zu überweisen.

Zweiter öffentlicher Sitzungsteil

4. [Zeitgemäße Vorschriften: Tätowierungen für niedersächsische Polizeivollzugsbeamte zulassen](#)
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1992](#)

Die Regierungsfractionen kündigten an, einen Änderungsvorschlag zu dem Antrag zu formulieren. Der Ausschuss verständigte sich zum weiteren Verfahren darauf, die Beratung fortzuführen, sobald dieser Änderungsvorschlag vorliegt.

Vertraulicher Sitzungsteil

5. **Fortsetzung der Unterrichtung zum aktuellen Sachstand der Verfahren gegen den ehemaligen Leiter der Polizeiinspektion Wolfsburg und den Polizeipräsidenten Braunschweig**

Der Ausschuss setzte die Unterrichtung, die in der 16. Sitzung am 24. Mai 2018 begonnen wurde, fort.

6. **Unterrichtung über Hausdurchsuchungen in Niedersachsen im Zusammenhang mit einer deutschlandweit durchgeführten Razzia gegen mutmaßliche Mitglieder der kriminellen Vereinigung „National Socialist Knights of the Ku Klux Klan Deutschland“**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Dritter öffentlicher Sitzungsteil

7. *(zusätzlicher Tagesordnungspunkt)*

Unterrichtung durch die Landesregierung zu Konsequenzen aus der Stellungnahme der Landesbeauftragten für den Datenschutz zum Thema „Section Control“ und Stellungnahme durch die LfD

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung und die Stellungnahme entgegen und führte darüber eine Aussprache.

5 Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung (34. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. Unterrichtung durch die Landesregierung über die Ergebnisse der Niedersächsischen Suchtkonferenz vom 26. November 2018

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. Unterrichtung durch die Landesregierung über die aktuellen Ergebnisse der Schulingangsuntersuchungen

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. a) [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kammergesetzes für die Heilberufe in der Pflege](#)

[Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/2556](#)

dazu gemäß § 23 Abs. 1 Satz 2 GO LT:

Bessere Pflege für Niedersachsen und Deutschland

Antrag der Fraktion der FDP – Drs. 18/374

b) [Interessen der Pflegekräfte in Niedersachsen schützen - Pflegekammer zur freiwilligen Vereinigung der Niedersächsischen Pflege umbauen oder Kammergesetz anpassen](#)

[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/2578](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP und des Antrags der Fraktion der AfD. Für die weitere Beratung erbat er eine Stellungnahme des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes u. a. zu den Rechtsmerkmalen einer Kammer und den sich daraus ergebenden Konsequenzen sowie um eine Übersicht seitens der Landesregierung über den Stand der Einrichtung von Pflegekammern in den einzelnen Bundesländern und auf der Bundesebene sowie über die in den letzten Wochen geänderte Beschlusslage der Pflegekammer Niedersachsen. Der Ausschuss nahm in Aussicht, die Beratung in der Sitzung am 21. Februar 2019 fortzusetzen.

4. [Den Missbrauch von K.O.-Tropfen verhindern](#)

[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/327](#)

Der Ausschuss stellte die abschließende Beratung des Antrags im Hinblick auf weiteren Beratungsbedarf in den Fraktionen der SPD und der CDU zu dem Änderungsvorschlag der Fraktion der AfD in der Vorlage 2 zurück.

6 Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung (22. Sitzung)

Beratungsthemen:

1. [Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes für den Übergangszeitraum nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft](#)

[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/2227](#)

Der Ausschuss stellte die abschließende Beratung des Gesetzentwurfs zurück.

2. **Unterrichtungen der Landesregierung über**

- a) die Initiative „Niedersachsen für Europa“
- b) die Angebote des Europäischen Informations-Zentrums (EIZ) Niedersachsen anlässlich der Wahlen zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019

Der Ausschuss nahm die Unterrichtungen entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **Vorstellung des neuen Leiters der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund, Herrn Tobias Dünow**

Der Ausschuss nahm die Vorstellung des neuen Leiters der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund entgegen.

4. **EU-Angelegenheiten**

Der Ausschuss bat um eine Unterrichtung durch die Landesregierung über die Ergebnisse der für die Zeit vom 10. bis 13. Februar 2019 vorgesehenen Reise von Ministerin Honé in das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland. Als Termin hierfür nahm er den 7. März 2019 in Aussicht.

Ferner bat er um schriftliche Unterrichtungen zu dem

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Vorschriften zur Gewährleistung der grundlegenden Konnektivität im Luftverkehr im Hinblick auf den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Union (Bundesratsdrucksache 14/19),

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte Aspekte der Flugsicherheit im Hinblick auf den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Union (Bundesratsdrucksache 15/19),

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über gemeinsame Regeln zur Gewährleistung der grundlegenden Konnektivität im Güterkraftverkehr im Hinblick auf den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Union (Bundesratsdrucksache 16/19),

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 508/2014 hinsichtlich bestimmter Vorschriften für den Europäischen Meeres- und Fischereifonds aufgrund des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Union (Bundesratsdrucksache 49/19),

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung von Notfallmaßnahmen im Bereich der Koordinierung der sozialen Sicherheit nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union (Bundesratsdrucksache 59/19)

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung von Bestimmungen für die Fortführung der laufenden im Rahmen des Programms Erasmus+ durchgeführten Lernmobilitätsaktivitäten im Zusammenhang mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland ("Vereinigtes Königreich") aus der Europäischen Union (Bundesratsdrucksache 60/19).

5. Terminangelegenheiten

Der Ausschuss verständigte sich für die abschließende Behandlung des Antrages der Koalitionsfraktionen von SPD und CDU in der Drucksache 18/1404 „Landwirtschaft und ländliche Räume in Niedersachsen stärken - Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020“ auf eine zusätzliche Sitzung am 14. Februar 2019 - Sitzungsbeginn 12 Uhr.

Freitag, 8. Februar 2019

7 Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung (27. - teilweise vertrauliche - Sitzung)

Beratungsthemen:

Vertraulicher Sitzungsteil

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Thema „VW meldet erneut ‚Auffälligkeiten‘ bei der Abgassoftware“**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Öffentlicher Sitzungsteil

2. **Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Thema „Digitalisierung und Arbeitsmarkt, insbesondere zur Veränderung der Arbeitswelt und der Arbeitsbedingungen durch die fortschreibende Digitalisierung (Arbeit 4.0)“**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, eine mündliche Unterrichtung entgegenzunehmen.

3. **Beschlussfassung über den Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu der von der Europäischen Kommission untersagten Fusion der auch mit niedersächsischen Standorten betroffenen Unternehmen Alstom und Siemens**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, eine mündliche Unterrichtung entgegenzunehmen.

4. **[Freie Fahrt in Niedersachsen für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und FSJlerinnen und FSJler: Schülerticket und kostenlose Schülerbeförderung für Sek II jetzt!](#)**

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2576](#)

Der Ausschuss nahm die Antragsberatung auf und klärte zunächst Verfahrensfragen. Auf Antrag der Koalitionsfraktionen beschloss er, eine schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung entgegenzunehmen und eine schriftliche Stellungnahme der niedersächsischen Tarif- und Verkehrsverbände einzuholen. Der Abg. Henning (SPD) wurde gebeten, einen Fragenkatalog zu verfassen und die Tarif- und Verkehrsverbände zu benennen.

Der Ausschuss beschloss ferner, gemäß § 39 Abs. 2 Satz 3 i. V. m. § 28 Abs. 4 GO LT den Kultusausschuss um eine Stellungnahme zu den seine Zuständigkeit berührenden Aspekten zu bitten.

5. **Fahrverbote für Diesel-Pkw in Zeiten deutlich sinkender Stickoxidemissionen sind unverhältnismäßig und müssen verhindert werden!**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1843

- a) **Aufhebung des am 11. Januar 2019 gefassten Beschlusses über die Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Abs. 2 NV zum Auswahl- und Aufstellungsverfahren, zu den regelmäßigen Kontroll- und Zertifizierungsverfahren aller verkehrsnahen Messstationen in Niedersachsen sowie zur Abstimmung der Luftreinhaltepläne der betroffenen Kommunen**
- b) **Beschlussfassung über den Antrag der Fraktion der FDP auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu den in der Pressekonferenz am 6. Februar 2019 vorgestellten Ergebnissen und den weiteren Vorgehensweisen in Sachen NO_x-Belastungsrechnung am Beispiel Oldenburg**

Der Ausschuss beschloss zu a) einstimmig, den Beschluss über die Aktenvorlage aufzuheben, und zu b) bei Stimmenthaltung des Mitglieds der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Unterrichtung durch die Landesregierung entgegenzunehmen.

6. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss vereinbarte, das Gespräch mit dem Bankenverband Niedersachsen am 24. Mai 2019 im Gebäude der DZ-Bank zu führen.

Er beschloss, die im Terminplan des Landtags für den 2. Oktober 2019 vorgesehene Ausschusssitzung am 4. Oktober 2019 von 10.30 Uhr bis 13 Uhr durchzuführen.

Im Auftrage

Wieseahn